

PROFIL

DAS MAGAZIN DER  
BUNDESTAGSFRAKTION

GRÜN

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN  
BUNDESTAGSFRAKTION



Unabhängigkeit  
durch  
Erneuerbare

**UMSETZEN: SO VIEL WIE MÖGLICH** Die Herausforderungen haben es in sich. Für die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin heißt es den Überblick und die Fäden in der Hand behalten. Wie sie das tut, berichtet Irene Mihalic. **Seite 4**

**ENERGIEWENDE UND UNABHÄNGIGKEIT** Wind und Sonne sind die Perspektive, um uns aus der Abhängigkeit von Diktatoren zu befreien. Wie wir damit auch für Sicherheit und bezahlbare Energie sorgen, erläutern Lisa Paus und Julia Verlinden. **Seite 6**

**AN DER SEITE DER UKRAINE** Die Ukraine braucht uns. Wir unterstützen das Land und seine Menschen mit allem, was möglich ist. Zugleich müssen wir die Handlungssouveränität Europas stärken. Britta Haßelmann und Katharina Dröge umreißen die Aufgaben. **Seite 12**

**STARK FOKUSSIERT** Neu im Bundestag und sofort mittendrin. Die aktuelle Lage fordert den Außenpolitiker und neuen Sprecher für Europapolitik, Robin Wagener. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 16**

**AUS DEN FACHBEREICHEN** Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

**GRÜN UND GRÜNER** Spotlights auf kommende und zurückliegende Veranstaltungen. **Seite 23**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de  
V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich, Redaktion: Gisela Hüber, Tim Meyer, Titelcollage: Shutterstock, Druck: Dierichs Druck+Media Kassel,  
Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 133.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 29.03.2022, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



# EDITORIAL

Liebe Leserin,  
lieber Leser,



Foto: St. Kaminski

seit dem 24. Februar ist Realität, was unvorstellbar schien: Es herrscht Krieg mitten in Europa. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin mit den Grundsätzen des Völkerrechts gebrochen. Sein Angriffskrieg geht unfassbar brutal gegen die Ukraine und die Zivilbevölkerung vor. Dieser Krieg erschüttert auch unsere Gewissheiten von Frieden, Sicherheit und Demokratie in Europa. In dieser Situation steht die internationale Gemeinschaft fest zusammen an der Seite der Ukraine und ihrer Menschen. Mein Dank geht an alle, die den geflüchteten Menschen helfen und sie bei uns aufnehmen; Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft, Wohlfahrtsverbände, Länder und Kommunen haben in den letzten Tagen und Wochen Großes geleistet.

Wenn die Welt eine andere ist, muss auch unsere Politik eine andere sein. Als Bundestagsfraktion haben wir daher die Bundesregierung bei Waffenlieferungen unterstützt und auch darin, gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern schärfste Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Wir haben erkannt, dass wir auch unsere eigene Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit stärken müssen, dafür steht ein Sonderbudget in Höhe von 100 Milliarden Euro bereit. Damit gehen wir die dringend benötigten und über viele Jahre versäumten Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr an. Auch die humanitäre Hilfe und Krisenprävention müssen wir ausbauen.

Aber Sicherheit bedeutet mehr. Der Krieg hat uns vor Augen geführt, wie abhängig wir vom Import fossiler Energien sind. Höchstpreise für Gas, Strom und Benzin lassen es uns spüren. Wir müssen so schnell wie möglich raus aus fossilen Energien. Der Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeinsparung und Effizienz sind jetzt drängend. Oberste Priorität kommt dabei dem Ausbau der Erneuerbaren zu. Dafür nehmen wir in den nächsten Jahren 200 Milliarden Euro in die Hand. Die hohen Energiekosten sind gerade für Menschen mit kleinem Einkommen eine erdrückende Belastung. Die Ampelkoalition hat deshalb ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das besonders betroffene Gruppen gezielt unterstützt. Gerade der Sofortzuschlag für bedürftige Kinder ist der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Alle Maßnahmen können Sie in diesem Heft im Detail nachlesen.

Die ersten 100 Tage der neuen Regierung fallen in ernste und schwere Zeiten. Wir sind als Modernisierer\*innen angetreten und beweisen uns nun als Krisenmanager\*innen. Aber ich bin zuversichtlich: Wir werden diese Herausforderungen gemeinsam bestehen und uns weiter mit aller Kraft für Frieden in Europa und der Welt einsetzen.

Herzlich

*Britta Haßelmann*  
Britta Haßelmann,  
Fraktionsvorsitzende

# UMSETZEN: SO VIEL WIE MÖGLICH

VON IRENE MIHALIC

*Deutlich gestärkt und in Regierungsverantwortung ist die grüne Bundestagsfraktion in die 20. Wahlperiode gestartet. Viel zu tun für eine Erste Parlamentarische Geschäftsführerin. In einer Dreierkoalition und angesichts großer politischer Herausforderungen heißt es den Überblick bewahren und die Fäden in der Hand halten.*

Sicher entsprach das Ergebnis der letzten Bundestagswahl nicht dem, was viele Bündnisgrüne erhofft hatten. Doch vielleicht waren die Erwartungen auch zu hoch gesteckt, immerhin sind 14,8 Prozent der mit Abstand beste Wert, den die Grünen jemals bei Bundestagswahlen erzielt haben. 118 Abgeordnete bilden die neue Fraktion, gegenüber der 19. Wahlperiode fast eine Verdopplung. Gemeinsam haben wir uns vorgenommen, so viel grüne Politik wie möglich im Parlament umzusetzen.

Im Ampel-Koalitionsvertrag ist es uns gelungen, viele gute grüne Punkte zu verankern. Deshalb freue ich mich besonders, dass ich in meiner neuen Funktion als Erste Parlamentarische Geschäftsführerin unserer Fraktion dazu beitragen darf, unsere Ideen und Konzepte zu verwirklichen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Fraktionen in ihrer Größe zunehmend einander annähern, ist das durchaus anspruchsvoll. Und auch in einer Koalition mit drei Partnern wächst der Abstimmungsbedarf.



## HERAUSFORDERUNGEN ANGEHEN

Als gelernte Polizistin weiß ich: Mit Gesprächsbereitschaft und Sachlichkeit lassen sich komplexe Probleme am besten lösen. Und die Herausforderungen, vor denen die Ampelkoalition steht, haben es durchaus in sich. Gleich zu Beginn sind wir mit einer Reihe schwieriger Fragen konfrontiert, die alle keinen Aufschub dulden: Wir müssen weiterhin die Pandemie bekämpfen. Wir müssen jetzt die Basis legen, um unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen. Und nun steht mit der völkerrechtswidrigen Invasion Russlands in die Ukraine der Bundestag vor der Aufgabe, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik neu zu definieren. Um politische Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen, braucht es ein hohes Maß an Disziplin und Koordinierung. Das bedeutet für uns als Bundestagsfraktion, im ständigen Austausch über unsere Initiativen und Planungen zu stehen. Bereits zu Beginn der Wahlperiode haben wir unsere Arbeitsstrukturen so angepasst, dass wir auch in der neu gewonnenen Stärke unsere Arbeit effektiv gestalten.

Zu meinen Aufgaben gehört es, die Abläufe im Blick zu behalten und zu schauen, dass wir unsere Kraft im parlamentarischen Betrieb – in den Gremien, Ausschüssen oder im Plenum – optimal einsetzen.

Reibungsverluste gilt es zu vermeiden, auch in der Kooperation mit den anderen beiden Regierungsfractionen. Besonders wichtig ist deshalb der Austausch mit den Parlamentarischen Geschäftsführer\*innen von FDP und SPD. Mit ihnen treffe ich mich regelmäßig, um über das „Wie“ und „Wann“ von parlamentarischen Initiativen zu sprechen. Das alles muss wiederum koordiniert werden mit den Fraktionsgremien und den entsprechenden Vertreter\*innen der Bundesregierung. Auch in einer Regierungskoalition haben unterschiedliche Fraktionen weiterhin unterschiedliche Interessen – die Suche nach tragfähigen Lösungen für alle gehört also zum Tagesgeschäft.

## DEMOKRATISCHEN WETTSTREIT LEBEN

Doch nicht nur die Kommunikation mit den anderen Ampelfractionen ist wichtig. Nach den bleiern Jahren der Großen Koalition wollen wir den Parlamentarismus insgesamt wieder neu beleben. Zum demokratischen Wettstreit um die besten Ideen gehört auch eine starke Opposition. Wir werden uns daher stets auch beratungsoffen gegenüber den demokratischen Oppositionsfractionen zeigen. Mit denjenigen jedoch, die Rechtsstaat und Parlament nur als Mittel für ihre menschenverachtende Agenda instrumentalisieren wollen, haben wir keinen Gesprächsbedarf.

Gut ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl sind die ersten parlamentarischen Debatten gelaufen und erste Initiativen auf dem Weg. Viele unserer Abgeordneten hatten Gelegenheit, ihre rhetorischen Fähigkeiten im Plenarsaal unter Beweis zu stellen und den Parlamentarismus mit Leidenschaft und Leben zu füllen. Erfahrene und neue Abgeordnete zeigen Tag für Tag, dass wir Grüne gut und vielfältig aufgestellt sind. Wir sind zu allen gesellschaftlich relevanten Themen nicht nur sprech-, sondern auch handlungsfähig. Das wollen wir durch unsere weitere parlamentarische Arbeit untermauern. In meiner Funktion und Rolle möchte ich daran mitwirken, dass alle Abgeordneten unserer Fraktion ihr Licht zum Leuchten bringen können, im Dienst der gemeinsamen grünen Sache.

● [www.gruene-bundestag.de/podcast-mihalic](http://www.gruene-bundestag.de/podcast-mihalic)

Zum Fototermin am 15.3. zeigt sich der neue Vorstand gut aufgestellt, wengleich aufgrund Krankheit nicht vollständig. V. l. n. r.: die stellv. Vorsitzenden Lisa Paus und Julia Verlinden, Erste PGF Irene Mihalic, stellv. Vorsitzende Maria Klein-Schmeink, BT-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann, PGF Till Steffen, Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge, stellv. Vorsitzende Konstantin von Notz und Agnieszka Brugger sowie PGF Filiz Polat. Nicht auf dem Foto: PGF Anja Reinalter.



**DR. IRENE MIHALIC**  
Erste Parl. Geschäftsführerin



# Unabhängigkeit durch Erneuerbare

DER KRIEG IN DER UKRAINE HAT UNSERE GEWISSHEITEN ERSCHÜT-  
TERT. ER IST FÜR UNS ALLE EIN SCHOCK. ER KONFRONTIERT UNS  
ZUGLEICH MIT FEHLERN DER VERGANGENHEIT. DAZU GEHÖRT  
UNSERE STARKE FOSSILE ABHÄNGIGKEIT VON RUSSLAND IN DER  
ENERGIEVERSORGUNG. SELBST LANGJÄHRIGE GEGNER DER ERNEU-  
ERBAREN ENERGIEN SEHEN PLÖTZLICH: DER UMSTIEG AUF WIND  
UND SONNE DIENT NICHT NUR DEM KLIMASCHUTZ, ER IST AUCH  
ZWINGEND NOTWENDIG, UM ENERGIESOUVERÄNITÄT UND DAMIT  
SICHERHEIT ZU GEWINNEN.

Wind und Sonne müssen nicht importiert werden. Die Erneuerbaren sind die Perspektive, um uns aus der Abhängigkeit von Diktatoren zu befreien. Deshalb ist eine Konsequenz dieses brutalen Krieges auch die: Er wird den Ausbau der Erneuerbaren massiv beschleunigen.

Doch auch mit allem politischen Willen, den wir Grüne in die Regierungskoalition einbringen, geht das nicht von heute auf morgen. Wir können die strategischen Fehler der letzten Jahrzehnte nicht in wenigen Wochen ausbügeln. Kein anderes EU-Land ist so abhängig von russischen Rohstoffen wie Deutschland. Vor Kriegsbeginn bezogen wir 55 Prozent unseres Gases, 50 Prozent der Kohle und 35 Prozent des Öls aus Russland. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck tut jetzt alles, um mehr Unabhängigkeit von Russland zu erreichen. Bei der Kohle wird das bis Herbst vollständig gelingen, beim Öl können die russischen Importe bis zum Sommer immerhin schon halbiert werden. Der Umstieg auf die Erneuerbaren wurde im letzten Jahrzehnt mehr ausgebremst als vorangetrieben. Das Resultat: 75 Prozent unseres Wohnungsbestandes sind auf Heizöl oder Erdgas angewiesen. Mobilität findet bei uns zu 90 Prozent auf der Basis von Erdöl statt. Was das bedeutet, erleben wir gerade.

### ENERGIEWENDE MUSS SCHNELLER GEHEN

Deshalb heißt es jetzt alle Anstrengungen bündeln und bei der Energiewende den Turbo einlegen. Je höher der Anteil der Erneuerbaren, desto preisstabiler wird unsere Energieversorgung sein. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Einsparung von Energie gehören dabei zwingend zusammen. Denn je weniger Energie wir insgesamt benötigen, desto schneller können wir den Bedarf vollständig auf Basis von Ökostrom und Ökowärme decken.

Energieeffizienz zu fördern und den Ausbau von Wind- und Solarenergie rasant auszubauen, ist eine große Chance. Wir können gleich mehrere drängende Herausforderungen auf einmal lösen: uns aus Abhängigkeiten befreien, die Klimakrise bewältigen und eine innovative Wirtschaft aufbauen, die weltweit Klimagerechtigkeit und Wohlstand fördert.

### DREI AUFGABEN: ENERGIEWENDE, ENERGIE-SPAREN, ENTLASTUNGEN

Erste Priorität ist der Ausbau der Erneuerbaren, dabei legt die Ampelkoalition bereits ein nie gekanntes Tempo vor. Viele Maßnahmen hat sie um Monate vorgezogen. Solaranlagen werden nun zum Standard auf Neubauten und bei Dachsanierungen, die Windenergie wird schneller und in größerem Umfang ausgebaut.

Auch Energieeffizienz- und Einsparmaßnahmen müssen wir nun schnell voranbringen. Denn, das ist die zweite Konsequenz aus dem Ukrainekrieg, durch Energiesparen können wir unsere Abhängigkeit schnell verringern. Die hilfreichste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird.

Drittens müssen wir denjenigen Menschen und Unternehmen helfen, die die hohen Energiepreise besonders treffen. Dafür hat die Ampel bereits im Februar ein erstes Entlastungspaket vorgelegt. Ein weiteres umfangreiches Maßnahmenpaket wurde Ende März beschlossen. Die Maßnahmen im Überblick finden sich auf Seite 11.

### STIEGENDE ENERGIEPREISE, VERSCHIEDENE URSACHEN

Als nach Kriegsbeginn die Benzinpreise nach oben schnellten, war das Unverständnis groß. Wie konnte das sein, wo doch der Rohölpreis zuvor sogar gesunken war? Auch der Preis für Erdgas stieg, obwohl die Liefermengen gleich geblieben waren. Das könnte auf Preisabsprachen von Mineralölkonzernen und Spekulationsgewinne hindeuten. Deshalb soll sich das Kartellamt diese Preisentwicklung genau ansehen.

Die steigenden Energiepreise sind auch Nachwehen der Coronapandemie, als Konsum und Nachfrage einbrachen und Kapazitäten heruntergefahren wurden. Anfang 2022 lief die Wirtschaft dann fast wieder auf Vor-Corona-Niveau. Doch die Produktion ließ sich nicht so schnell wieder hochfahren – diese Verknappung führte zu Preissteigerungen. Darüber hinaus sind durch die Pandemie immer noch Lieferketten gestört, das schlägt auf die Preise durch.

Auch die Klimakrise treibt die Preise an. So hatte im letzten Jahr der sehr trockene Sommer in Südamerika zur Folge, dass dort Wasserkraft nur eingeschränkt verfügbar war. Es musste mehr Flüssiggas importiert werden. Flüssiggas, das dem europäischen Markt fehlte – was wiederum zu höheren Marktpreisen führte. Die Klimakrise wird auch in Zukunft die Energiepreise anheizen. Bei uns in Deutschland gibt es solche Zusammenhänge ebenfalls: In trockenen Sommern führen niedrige Wasserstände auf den wichtigsten Flussrouten zu Liefereinschränkungen, weil zum Beispiel Binnenschiffe mit Schüttgut nicht mehr fahren können. Daher ist es umso wichtiger, Energie gerechter, sparsamer und effizienter zu nutzen.

### MENSCHEN UND UNTERNEHMEN RASCH ENTLASTEN

In Deutschland haben viele Energieanbieter ihre Preise bereits zum Jahreswechsel erhöht. Hohe Nachzahlungen bei den Energiekosten sind zu befürchten. Vor allem Menschen mit geringerem Einkommen werden von steigenden Energiepreisen stark getroffen, sie sind besonders auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Ein erstes Maßnahmenpaket, das die Ampelkoalition schon im Februar auf den Weg gebracht hat, soll die steigende Kostenbelastung für Haushalte und Unternehmen abdämpfen. Durch die Abschaffung der EEG-Umlage sinkt der Strompreis für die Verbraucher\*innen früher als geplant. Besonders bedürftige Gruppen, wie Bezieher\*innen von Sozialleistungen, Schüler\*innen und Studierende sowie Kinder,



*Drei Monate lang werden bundesweit die Monats-tickets nur 9 Euro kosten.*

werden gezielt unterstützt, Arbeitnehmer\*innen und Einkommensteuerpflichtige werden steuerlich entlastet. Die Erhöhung der Pendlerpauschale wird vorgezogen. Dazu kommt eine Reihe von Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen.

Ein zweites Maßnahmenpaket wurde Ende März beschlossen. Es entlastet die Bürger\*innen zusätzlich mit einer Energiepreispauschale, unterstützt Empfänger\*innen von Sozialleistungen und Kinder mit Boni und Einmalzahlung, senkt befristet auch die Steuer auf Kraftstoffe und macht gleichzeitig den ÖPNV drastisch günstiger und attraktiver. Außerdem unterstützt das zweite Paket Hauseigentümer\*innen und Mieter\*innen mit weiteren Fördermaßnahmen zur Energieeffizienz bei Neubauten und einer Wärmepumpen-Offensive. Darüber hinaus schaffen wir die Voraussetzungen für das Klimageld, um Bürger\*innen mit Direktzahlungen zu entlasten.

### AUSWEG AUS DER ABHÄNGIGKEIT

Die Entlastungspakete sind ein gelungener Ansatz, um akute Kostensteigerungen für die Haushalte und Unternehmen rasch abzufedern. Aber eine Dauerlösung ist das nicht. Der Staat kann nicht fortgesetzt mit Subventionen gegen einen aus dem Ruder laufenden Energiemarkt angehen, das überfordert die Staatsfinanzen und spült Geld in klimaschädliche und häufig demokratiefeindliche Systeme. Ein weiteres Gebot der Stunde lautet daher, überall dort, wo es möglich ist, Energie einzusparen und effizienter zu nutzen: beim Heizen, beim Bauen und bei der Mobilität. Denn die Klimakrise macht keine Pause.

Deshalb kommt es entscheidend auf einen Kurswechsel in der Energiepolitik an. Allein die Hälfte des Gasverbrauchs in Deutschland fällt in Gebäuden an, Dämm-Maßnahmen und intelligente Gebäudetechnik sind daher ein wichtiger Schlüssel zur Einsparung von Gas. Mit der Dämmung der energetisch schlechtesten Gebäude und dem Einbau von Heizungssteuerungen lassen sich schnell große Einsparungen erzielen.

Auch in der Industrie gibt es noch reichlich Potenzial für mehr Energieeffizienz: Sparsamere Maschinen, Motoren, Gebäude und das Vermeiden von Energieverlusten machen die Produktion wirtschaftlicher und tragen zugleich unmittelbar zum Klimaschutz bei. Die Abwärme, die in Produktionsprozessen entsteht, kann in örtliche Wärmenetze eingespeist werden und so einen Teil der Wärmeerzeugung aus fossilen Brennstoffen überflüssig machen. Das muss Standard werden.

Viele Kommunen wissen gar nicht, wie viel Energie und Kosten sie sparen können, wenn sie die Abwärme und Abwasserwärme ihrer kommunalen Gebäude und Versorger nutzen. Das muss sich rasch ändern. Zusätzlich bietet sich vor Ort die verstärkte Nutzung von Wärmepumpen, regionaler Biomasse und Solarthermie an.

### WIND UND SOLARENERGIE AM GÜNSTIGSTEN

Wind- und Solarstrom sind heute die günstigsten Formen der Stromerzeugung; Strom aus neuen Kohle- oder Gaskraftwerken hält da nicht mit, von Atomkraft ganz zu schweigen. Wind und Sonne können in naher Zukunft unseren Strombedarf vollständig decken. Gerade bereitet die Bundesregierung die nächste EEG-Novelle vor, um den Ausbau stärker und schneller voranzubringen.

Mit der Beseitigung bürokratischer Hürden wollen wir die bereits vorhandene Kapazität von Solaranlagen vervierfachen. Es soll ganz simpel werden, Solarstrom auch auf einem Mehrfamilienhaus zu produzieren. Auch die Abrechnung wird einfacher, wenn die EEG-Umlage entfällt. So holen wir die Energiewende in die Städte.

Auch den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft wollen wir zügig voranbringen. Entsprechende Projekte sollen zusätzliche Förderung erhalten, neue Infrastruktur soll möglichst leicht auf Transport und Nutzung grüner Gase aus nachhaltiger Produktion umgestellt werden können. Das sichert den schnellen Umstieg auf klimaneutrales Gas, sobald genügend Wasserstoff vorhanden ist.

Der rasche Ausbau der Erneuerbaren und eine Effizienzrevolution können uns schon binnen weniger Jahre zu einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung bringen. Das birgt zusätzlich riesige Chancen für die deutsche Wirtschaft – denn innovative Produkte zur Herstellung klimaneutraler Energie werden weltweit gefragt sein. Darauf arbeiten wir in dieser Wahlperiode mit aller Kraft hin.

### UNABHÄNGIG, KLIMAGERECHT UND SOZIAL

Eines wird dabei nicht passieren: dass nämlich Ökologie gegen soziale Gerechtigkeit ausgespielt wird. Darauf werden wir achten. Denn für eine intakte Gesellschaft und eine gute Zukunft brauchen wir beides.

Mit einer schnellen Entspannung der Energiepreise ist nicht zu rechnen. Deswegen entlasten wir heute ganz konkret. Und wir tun zugleich alles dafür, uns – so schnell es geht – energiepolitisch unabhängig zu machen. Mit Maßnahmen, die uns auch klimapolitisch voranbringen.

● [www.gruene-bundestag.de/energie](http://www.gruene-bundestag.de/energie)



LISA PAUS  
Stellv. Fraktionsvorsitzende



DR. JULIA VERLINDEN  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

# +++ Die Entlastungsmaßnahmen +++

### EEG-UMLAGE AUF STROMPREIS ENTFÄLLT

Um dem Anstieg der Strompreise entgegenzuwirken, der Verbraucher\*innen wie auch die Wirtschaft trifft, wird die EEG-Umlage bereits zum 1. Juli 2022 entfallen. Die EEG-Umlage ist ein Bestandteil des Strompreises, der zur Finanzierung der erneuerbaren Energien dient. Sie wird künftig direkt aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Das ermöglicht eine Preissenkung von rund 3,7 Cent pro Kilowattstunde Strom. Für einen vierköpfigen Haushalt mit durchschnittlichem Verbrauch ergibt sich daraus eine Entlastung für das zweite Halbjahr 2022 von rund 65 Euro. So kommt endlich bei den Verbraucher\*innen an, dass die erneuerbaren Energien günstiger sind als die fossilen.

### KINDERSOFTZUSCHLAG, HEIZKOSTENZUSCHUSS UND EINMALZAHLUNG

Bezieher\*innen von existenzsichernden Leistungen – beispielsweise Arbeitslosengeld II (Hartz IV) oder Grundsicherung – erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro. Familien erhalten für jedes Kind einen Einmalbonus von 100 Euro ergänzend zum Kindergeld, den die Familienkassen auszahlen. Davon profitieren auch junge Erwachsene bis 25 Jahre, wenn sie noch in Ausbildung sind. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Kindersoftzuschlag von 20 Euro wird zum 1. Juli 2022 auf den Weg gebracht. Er soll bis zur Einführung der Kindergrundsicherung denjenigen Kindern helfen, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen. Wohngeldbezieher\*innen, Studierende, Schüler\*innen sowie Auszubildende bekommen zudem einen Heizkostenzuschuss von bis zu 270 Euro. Der Heizkostenzuschuss soll im Sommer gezahlt werden, wenn in der Regel die Heizkosten- oder Nebenkostenabrechnungen anstehen.

### HÖHERER GRUNDFREIBETRAG UND ARBEITNEHMERPAUSCHBETRAG

Um Arbeitnehmer\*innen zu unterstützen, wird der Arbeitnehmerpauschbetrag bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro erhöht. Dieser erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 und reduziert die Steuerbeträge für alle Arbeitnehmer\*innen. Außerdem wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer auf 10.347 Euro angehoben. Weitere Steuervergünstigungen werden durch die Verlängerung der Homeoffice-Pauschale von jährlich maximal 600 Euro und die Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus möglich.

### HÖHERE PENDLERPAUSCHALE UND MINDESTLOHN

Auch für Fernpendler\*innen gibt es Entlastungen. So wird die für Januar 2024 anstehende Erhöhung der Pauschale vorgezogen. Sie beträgt damit rückwirkend ab dem 1. Janu-

ar 38 Cent pro Kilometer. Da von der Pendlerpauschale der Anreiz ausgeht, weite Distanzen in Kauf zu nehmen, haben wir Grüne uns für eine sozialere und ökologischere Ausgestaltung ausgesprochen. Die Koalition hat verabredet, eine Reform mit dieser Zielsetzung auf den Weg zu bringen. Eine gerechtere Alternative wäre aus unserer Perspektive allerdings ein Mobilitätsgeld für alle Verkehrsmittel. Der Mindestlohn wird zum 1. Juli 2022 planmäßig auf 10,45 Euro ansteigen. Zum 1. Oktober soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro in Kraft treten. Dadurch wird sich für viele Millionen Arbeitnehmer\*innen das Nettoeinkommen deutlich erhöhen.

### ENERGIEPREISPAUSCHALE

Allen einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen wird einmalig eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro ausgezahlt. Selbstständige erhalten einen Vorschuss über die Einkommensteuer-Vorauszahlung.

### ENTLASTUNGEN FÜR ALLE BEIM VERKEHR

„9 für 90“: Drei Monate lang werden bundesweit die Monatstickets nur 9 Euro kosten. Das sind rund 30 Cent pro Tag. Wer bereits ein Abo bezieht, erhält einen entsprechenden Gutschein. Die ÖPNV-Preise in Deutschland machen wir damit so günstig wie nie. Wir entlasten diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind, indem wir die Energiesteuer auf Kraftstoffe befristet auf das europäische Mindestmaß absenken. So sorgen wir dafür, dass das Geld bei den Verbraucher\*innen ankommt.

### HILFE FÜR UNTERNEHMEN

Auch Unternehmen ächzen unter den steigenden Energiekosten – insbesondere Firmen, die schon unter der Coronapandemie gelitten haben. Um Insolvenzen und damit hohen Arbeitsplatzverlusten vorzubeugen, hat die Ampelkoalition eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen beschlossen: Dazu zählen die erweiterte Verlustverrechnung für 2022/23, die Verlängerung der degressiven Abschreibung um ein Jahr sowie die Verlängerung der Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld inklusive der Steuerbefreiung der Zuschüsse.

### AUCH RENTNER\*INNEN PROFITIEREN

Mit der abgesenkten EEG-Umlage wie mit der Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und den ÖPNV-9 Euro-Tickets werden auch Rentner\*innen entlastet. Wer eine geringe Rente hat und deshalb Grundsicherungsleistungen bezieht oder Wohngeld erhält, bekommt Einmalzahlungen und den Heizkostenzuschuss. Außerdem steigt die Rente zum 1. Juli im Westen um 5,35 und im Osten um 6,12 Prozent.

# Entschlossen an der Seite der Ukraine

KATHARINA DRÖGE UND BRITTA HABELMANN

DER ANGRIFFSKRIEG VON PUTIN AUF DIE UKRAINE IST GRAUSAM. DIE ZERSTÖRUNG, DAS LEID UND DIE HOHE ZAHL DER ZIVILEN OPFER MACHEN UNS TIEF BETROFFEN. DIE AUFNAHME UND UNTERSTÜTZUNG VON MILLIONEN GEFLÜCHTETER MENSCHEN, VOR ALLEM FRAUEN UND KINDER, IST DAS OBERSTE GEBOT DER STUNDE. DASS EUROPA IM 21. JAHRHUNDERT ERNEUT EIN KRIEG AUFGEZWUNGEN WIRD, HAT VIELE UNSERER ALTEN GEWISSHEITEN ERSCHÜTTERT.

Die Welt ist seit dem 24. Februar 2022 eine andere. Putins Angriff auf die Ukraine stellt eine Zeitenwende in unserer europäischen Friedensordnung und in der internationalen Sicherheitsordnung dar. Diesem eklatanten Bruch des Völkerrechts mitten in Europa begegnet die internationale Gemeinschaft geschlossen und unmissverständlich. Mit harten Sanktionen gegen Putins Machtzirkel, mit der Lieferung von Abwehrwaffen und der sofortigen und umfassenden Unterstützung der Geflüchteten stehen wir unverbrüchlich an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts auf Selbstverteidigung, auf Freiheit und Selbstbestimmung. Durch die gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung isoliert sich Putins Russland vollkommen.

## HARTE SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

Über viele Monate haben wir mit allen diplomatischen Mitteln versucht, einen Krieg zu verhindern und zu einer Deeskalation zu kommen. Das war richtig. Es war Putin, der die Tür der Diplomatie zugeschlagen hat. Daraufhin leitete die Europäische Union beispiellose Strafmaßnahmen gegen Russland ein, die sie zuvor unmissverständlich angekündigt hatte. Mit den USA, Großbritannien, Kanada und weiteren Partnerländern sind sie abgestimmt und sie erweitern die bereits seit der Annexion der Krim bestehenden EU-Sanktionen. Dazu zählen der Ausschluss russischer Banken vom Zahlungssystem SWIFT, Einschränkungen der russischen Zentralbank sowie eine Reihe weiterer Maßnahmen. Diese Sanktionen haben Putin und seine Entourage sowie das russische Finanz- und Wirtschaftssystem schon jetzt hart getroffen und politisch isoliert. Der Kurs des Rubels stürzte ab, über mehrere Wochen war die Moskauer Börse komplett geschlossen. Die EU prüft und erweitert die Sanktionsliste kontinuierlich. Dabei handelt sie geschlossen und geeint und das zeigt Wirkung.

## UKRAINE MUSS SICH VERTEIDIGEN KÖNNEN

Trotz aller Vermittlungsversuche hat sich Putin für einen brutalen, blutigen Angriff entschieden. Europa und das transatlantische Bündnis verurteilen das russische Vorgehen aufs Schärfste und stehen in voller Solidarität zur Ukraine. Das Land und seine Menschen müssen sich verteidigen können. Nach Artikel 51 der UN-Charta steht im Falle eines bewaffneten Angriffs allen Mitgliedsstaaten dieses unabdingbare Recht auf Selbstverteidigung zu. Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine daher mit dringend benötigtem Material zur Landesverteidigung, darunter Abwehrwaffen für die ukrainischen Streitkräfte und gepanzerte Fahrzeuge. Wir Grüne im Bundestag tragen den Schritt mit, Waffen an die Ukraine zu liefern. Es ist diesem Angriffskrieg und der damit verbundenen Zäsur in der europäischen Geschichte geschuldet, und wir schulden es Menschen in größter Not.

## HUMANITÄRE HILFE RASCH AUF DIE BEINE GESTELLT

Mutig und entschlossen stemmt sich die Bevölkerung der Ukraine gegen die russische Invasion, um ihr Land, ihre Souveränität und ihre Freiheit zu verteidigen. Das nötigt uns größten Respekt ab. Zugleich sehen wir angesichts dieses Krieges die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehrere Millionen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, haben bereits ihre Heimat verlassen. Diese Menschen brauchen unsere volle Unterstützung und der Bedarf an akuter Nothilfe steigt beständig. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR meldet täglich weitere Tausende Menschen, die in die angrenzenden Länder und auch nach Deutschland fliehen. Die EU und Deutschland unterstützen mit humanitärer Hilfe wie Nahrungsmitteln, Infrastruktur, Personal und medizinischer Versorgung. Die Bundesregierung hat kurzfristig auch die Mittel für die humanitäre Hilfe vor Ort aufgestockt, ein wichtiger und dringend notwendiger Schritt. Es braucht ein verstärktes und verlässliches Vorgehen, um humanitäre Hilfe und die Versorgung und Verteilung von Flüchtenden innerhalb der EU schnell, unbürokratisch und koordiniert zu organisieren. Die kurzfristige Versorgung der Menschen, die ankommen, wird stark von ehrenamtlich Helfenden und Freiwilligen, von Wohlfahrtsverbänden, dem THW und Rettungsdiensten getragen. Groß sind die Solidarität und Bereitschaft unzähliger Menschen im Land, in diesen Tagen anzupacken. Bund, Länder und Kommunen sind nun gemeinsam gefordert, um den ankommenden Menschen Sicherheit, Schutz und eine Perspektive zu geben.



Foto: REUTERS/Gleb Garanich

## PERSPEKTIVE FÜR DIE GEFLÜCHTETEN

Niemand kann heute sagen, wie lange die vor dem Krieg geflohenen Menschen in ihren Aufnahmeländern bleiben müssen. Sie sind hier willkommen. Die europäische Gemeinschaft steht in dieser Haltung fest zusammen. Mit einem einstimmigen Beschluss haben die Innenminister\*innen Anfang März die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz aktiviert. Dieser Notfallmechanismus wird angewendet, wenn etwa kriegsbedingt eine massenhafte Fluchtbewegung einsetzt. Geflüchtete Menschen bekommen damit sofortigen und kollektiven Schutz, ohne dass eine Prüfung individueller Asylanträge erforderlich ist. Die Bundesregierung hat diese Richtlinie unverzüglich umgesetzt und das ist gut so. Denn die Ankommenden brauchen schnellstmöglich Unterstützung. Mit ihrer Aufenthaltserlaubnis bekommen sie Zugang zum Arbeitsmarkt, erhalten in einem ersten Schritt Leistungen und Gesundheitsversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Zugang zu Integrationskursen.

Den Menschen, die aus dem Kriegsgebiet zu uns kommen, müssen und wollen wir aber mehr bieten. Wir brauchen jetzt zusätzliche Anstrengungen für mehr Integration, um ihnen eine Perspektive zu geben. Dafür sind vor allem Betreuung und Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und auch Sprachkurse wichtig. Unter den Geflüchteten sind viele Kinder und junge Menschen. Damit sie wirklich bei uns ankommen können, ist die unbürokratische Aufnahme in Schulen und Kitas sehr wichtig. Auch um die psychosoziale Betreuung der Ankommenden müssen wir uns kümmern.

## KONSEQUENZEN FÜR UNSERE SICHERHEIT

Der Krieg gegen die Ukraine stellt uns vor große Herausforderungen. Das betrifft die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und auch die militärische Verteidigung. Aber die Debatte kann und darf sich nicht darauf beschränken. Es geht in diesen Tagen genauso um Fragen der Energiesicherheit, um humanitäre Hilfe. Auch die Herausforderung ziviler Krisenprävention, vorausschauender Entwicklungszusammenarbeit und des Zivilschutzes der Bevölkerung stellt sich in neuem Licht. Die letzten Wochen haben noch einmal gezeigt: Bedrohungen durch die mögliche Beeinträchtigung der kritischen Infrastrukturen (KRITIS), auch durch Cyberangriffe, müssen wir sehr viel ernst nehmen und unsere Handlungsstrategien überprüfen. Das betrifft zum Beispiel mögliche Ausfälle der Strom- oder Wärmeversorgung. Für einen verstärkten Zivilschutz werden wir Grüne im Bundestag uns weiter einsetzen. Bei der Aufstockung des Verteidigungshaushalts ist es uns wichtig, auch das Beschaffungswesen der Bundeswehr neu aufzustellen, um die Mittel so effizient wie möglich einzusetzen, eingebettet in eine europäische Strategie.

## RAUS AUS DEN ABHÄNGIGKEITEN

Wenn wir von Investitionen in die Sicherheit sprechen, ist nicht nur das Militär gemeint, sondern auch die energiepolitische Sicherheit. Die gegenwärtige Situation führt uns vor Augen, wie zwingend notwendig es ist, unsere Abhängigkeit von fossiler Energie zu verringern. Schon lange haben wir Grüne das mit Blick auf Nord Stream 2 gefordert. Wir müssen schnellstmöglich weg von russischem Gas, russischem Öl und russischer Kohle. Kurzfristig erfordert das, noch andere Quellen für Energieimporte zu erschließen. Für die Zukunft wird ein Gasspeichergesetz sicherstellen, dass unsere Speicher immer ausreichend gefüllt sind. Das heißt aber nicht, dass wir irgendwelche Abstriche bei den Klimaschutzzielen machen. Im Gegenteil: Wir brauchen einen massiven und sogar noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und eine entschlossene Effizienzstrategie zur Energieeinsparung. Es ist gut, dass 200 Milliarden Euro für Klimaschutz und die Beschleunigung der Energiewende zur Verfügung stehen. Mit den Novellen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie des Windenergie-auf-See-Gesetzes erhöhen wir das Tempo der Energiewende weiter. Parallel dazu wird der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und der Wasserstoffproduktion vorangetrieben. Auch das hilft uns, unabhängiger von russischen Importen zu werden. Um die dramatisch steigenden Energiepreise, die „Fossilflation“, aufzufangen, haben wir bereits gezielte und unbürokratische Entlastungspakete in Milliardenhöhe geschnürt.

Mit dem „Osterpaket“ bringt die Bundesregierung eine Reihe weiterer Maßnahmen auf den Weg. Unser Ziel muss sein, so schnell wie möglich von Kohle, Öl, Gas wegzukommen und darüber hinaus den Energieverbrauch zu reduzieren. Energiesouveränität, das sehen wir in dieser Zeit überdeutlich, ist eine Frage der nationalen Sicherheit, die eine nationale Kraftanstrengung erfordert. Es ist sehr wichtig, dass die Bundesregierung die Initiative ergreift, in die energiepolitische Sicherheit zu investieren. Klar ist auch, wir werden kein Gas mit Rubel bezahlen, da wir sonst unsere Sanktionen umgehen würden.

Der Krieg gefährdet nicht zuletzt weltweit die Versorgung mit Lebensmitteln. Wir werden weltweit mehr beitragen, um Hungerkrisen abzuwenden, indem wir mehr Mittel für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

bereitstellen. Auch hierzulande gilt es, im Ernährungssektor umzusteuern. Wir brauchen eine globale agrarökologische Wende und mehr Ernährungssouveränität. Das bedeutet, lokale Produktion und Vermarktung zu stärken, um auch hier die Unabhängigkeit von Importen zu reduzieren. Dadurch werden uns auch Preisschwankungen auf dem Weltmarkt weniger treffen.

## HANDLUNGS-SOUVERÄNITÄT GEWINNEN

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt schmerzlich, dass wir die europäische Souveränität im breitesten Sinne stärken müssen. Wir müssen Europa unabhängiger machen. Die Staaten Europas stehen jetzt zusammen und handeln gemeinsam – ein starkes Signal. Wir müssen aber dringend weiter daran arbeiten, unsere eigene außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir brauchen eine neue Sicherheitsstrategie.

Drängend stellt sich auch die Frage der Energiesouveränität. Deutschlands und Europas Energieversorgung muss sich von russischen Importen lösen. Das ist sicherheits- wie klimapolitisch unumgänglich. Zudem ist sich die Regierungskoalition einig, dass wir als Industrienation nur erfolgreich sein werden, wenn wir noch schneller als geplant in Richtung Klimaneutralität gehen. Dafür braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung und wir sind bereit, die dafür nötigen Mittel zu investieren. Putins Krieg gegen die Ukraine ist auch eine Drohung an Europa. Und Europa zeigt sich geschlossen wie nie. Wir werden alles Verantwortbare tun, um die Ukraine zu unterstützen, und uns für die Zukunft so aufstellen, dass wir künftigen Bedrohungen besser begegnen können.

● [www.gruene-bundestag.de/ukraine](http://www.gruene-bundestag.de/ukraine)



**KATHARINA DRÖGE**  
Fraktionsvorsitzende



**BRITTA HAßELMANN**  
Fraktionsvorsitzende

# Stark fokussiert

**In einer komplexer werdenden Welt wächst vielerorts der Wunsch nach einfachen Antworten und starken Gestalten, die einem sagen, wo's langgeht, auch bei uns im Land. Nur Schwarz oder Weiß gibt es aber nicht, sagt der neue Sprecher für Europapolitik, Robin Wagener, die Welt ist bunt.**

Es ist früher Nachmittag und immerhin hat er schon gefrühstückt. In seinem Büro Unter den Linden schrillt das Signal zur namentlichen Abstimmung im Plenum des Bundestags. Es ist Freitag, letzter Tag einer anstrengenden Sitzungswoche und die dritte Woche Krieg in der Ukraine. Als Europa- und Außenpolitiker ist Robin Wagener in den Bundestagsausschüssen auch für Russland und die Ukraine zuständig. Außerdem ist er Vorsitzender der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe und leitet die deutsche Delegation bei der OSZE. So jagt er derzeit von einem Termin zum nächsten. Dafür wirkt er erstaunlich frisch und gut aufgelegt. Korrekter blauer Anzug, hellblaues Hemd, lila Einstecktuch und trotz Coronamaske schafft er es zu lächeln – wenn auch aus etwas müden braunen Augen. Obwohl ihm die Bilder von Flucht und Zerstörung das Herz abschnüren, behält er einen kühlen Kopf. Osteuropa hat er schon lange im Fokus, trotzdem hat die russische Invasion ihn überrascht. „Aber Putin wird nicht gewinnen. Das höre ich auch von den Kolleg\*innen aus der Ukraine, dass die Menschen dort alles geben, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen.“ Wie wir dem russischen Angriff begegnen sollen? Er ist hin- und hergerissen. „Mein Bauch sagt mir, dass wir noch viel mehr tun müssten, um die Ukraine zu unterstützen. Und mein Kopf sagt mir, dass wir es nicht auf eine direkte Konfrontation zwischen Russland und der NATO ankommen lassen dürfen. Wir müssen jeden Tag prüfen, was wir vernünftigerweise zusätzlich tun können.“

Ein dauernder Krisenmodus ist nie gut für eine Entscheidungsfindung. Um das zu wissen, ist der 41-jährige Jurist lang genug im politischen Geschäft. „Offenbar sind wir aber in der misslichen Lage, dass die Politik nur ihre volle Handlungsfähigkeit hat, wenn der Druck so hoch ist.“ Nicht nur für die anstehende Neuausrichtung der Verteidigungspolitik mahnt er deshalb ein strategisches Vorgehen an, ein Denken in langen Linien. „Krisen können dann immer noch auftreten, aber man ist besser darauf vorbereitet.“

Letzten Oktober zog der vormalige Richter am Sozialgericht Detmold in den Bundestag ein. Sein Thema: Demokratie und Freiheit und das Zunehmen von Autokratien in unserer Welt. „Insofern passt es auch, was ich gerade mache.“ Die Komplexität und Buntheit dieser Welt anzuerkennen und sie demokratisch zu gestalten – diese Auseinandersetzung treibt ihn an. „Darum bin ich begeisterter Europäer. Unsere europäischen Werte sind die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in Freiheit und Vielfalt, wir müssen sie in der Welt und nach innen gemeinsam und stark vertreten.“

Bereits als Jugendlicher engagierte sich Wagener in der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung dafür, menschliches Leid in Konflikten zu mindern. Sich einzubringen, Gesellschaft zu gestalten, hat er schon früh mitbekommen. Seine Eltern gehörten zur grünen Gründungs generation, es gab und gibt Pfarrer in der Familie. Kirche und evangelischer Glaube sind für ihn bis heute lebenswichtig. Geboren in Bielefeld, hat er dort Jura studiert. Gleich nebenan, im ländlichen Lipperland, ist er zu Hause. Bekennendes „Landei“ und verwurzelt in seiner Region findet er es toll, im Bundestag Außen- und Europapolitik mitzugestalten. „Heimat ist für mich ein Gefühl und ein Ort, die Wurzel, die das andere ermöglicht.“ Und so passen Kommunal- und Weltpolitik für ihn gut zusammen. Seine Fremdsprachenkenntnisse würde er gern um Russisch und Türkisch, die zwei wichtigsten Minderheitensprachen in Deutschland, erweitern.

Um dem Privatmenschen und zweifachen Familienvater näherzukommen, hilft die bekannte 3-K-Formel „Kinder, Küche, Kirche“. Früher wies sie mal den Frauen ihren Platz zu. Bei ihm muss man nur Küche durch Karate ersetzen. „Wobei – Küche geht auch“, lacht er. „Ich koche und esse gern und ich mag Pfannen, da kann man kreativ alles reinwerfen und dann kommt was Tolles dabei raus.“ Asiatisch zum Beispiel ist ganz nach seinem Geschmack. Reizt ihn das auch am Karate? Nein, die Konzentration auf das Wesentliche interessiert ihn, Fokussierung. Das könnte erklären, warum er in diesen Zeiten so eine Gelassenheit ausstrahlt. Ein paar Termine stehen heute noch an, bevor es ins Wochenende nach Hause geht. Worauf er sich dort am meisten freut? Auf die drei K!

## Biografie:

seit 1996 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen  
2002–2013,  
u. seit 2020 Mitglied im Rat der Stadt Bad Salzuflen  
seit 2020 Mitglied des Kreistags Lippe  
2015–2021 Vorsitzender der Grünen in Lippe  
seit 2016 Mitglied im Landesvorstand der Grünen NRW  
seit 2021 Abgeordneter im Deutschen Bundestag,  
Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und im Auswärtigen Ausschuss, Sprecher für Europapolitik

# Berichte aus den FACHBEREICHEN

Fachbereich

## 1 WIRTSCHAFT & SOZIALES



### Wirtschaft: **NEUE ÄRA FÜR DEN JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT**

Der Krieg in der Ukraine überschattet derzeit alles. Und er macht unmissverständlich klar, dass es noch schneller gelingen muss, von fossilen Energien unabhängig zu werden. Viele Unternehmen stehen in den Startlöchern und wollen in die ökologische und digitale Transformation investieren. Der Instrumentenkasten des Jahreswirtschaftsberichts schafft dafür verlässliche Bedingungen und Investitionsanreize, wie Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft oder schnelle Planungsverfahren. Auch strukturelle Probleme, wie der Fachkräftemangel oder Rohstoffknappheiten, werden in den Blick genommen. Dabei läutet der Jahreswirtschaftsbericht eine neue Ära ein, indem er aufs große Ganze blickt und zeigt, wie es um die Quellen des Wohlstands und damit um die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft bestellt ist. Ein neues Kapitel nimmt Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsindikatoren unter die Lupe – so wie es die Wohlstandsberichte der grünen Bundestagsfraktion seit Jahren vorgemacht haben.

● [www.gruene-bundestag.de/jahreswirtschaftsbericht](http://www.gruene-bundestag.de/jahreswirtschaftsbericht)

### Arbeit: **SANKTIONSMORATORIUM UND MINDESTLOHN KOMMEN**

Erste grüne Ziele in der Sozialpolitik werden Realität: Es wird weiterhin keine Sanktionen auf existenzsichernde Leistungen in der Grundsicherung geben. Im kommenden Jahr wird Hartz IV endgültig durch ein Bürgergeld ersetzt. Zudem erhöhen wir den Mindestlohn im Herbst auf 12 Euro pro Stunde. Damit bekommen mehr als sechs Millionen Menschen in diesem Land mehr Lohn. Dieses Mehr an Lohngerechtigkeit betrifft überproportional viele Frauen – gerade im Dienstleistungssektor. Gleichzeitig wird die Minigrenze so erhöht, dass zehn Stunden pro Woche in Zukunft generell geringfügig gearbeitet werden können. Wir Grüne im Bundestag konnten dabei erreichen, dass sich der Übergang in sozialversicherte Beschäftigung finanziell immer und für alle lohnt. Unser Ziel war, Menschen im Niedriglohnbereich insgesamt bei den Sozialabgaben zu entlasten, sodass sie mehr Nettolohn beziehen und ihre soziale Absicherung erleichtert wird. Das haben wir erreicht.

● [www.gruene-bundestag.de/arbeit](http://www.gruene-bundestag.de/arbeit)

Fachbereich

## 2 ÖKOLOGIE



Agrar:

### **LANDWIRTSCHAFTS- & ERNÄHRUNGSPOLITIK WIRD ÖKOLOGISCHER**

Nur eine Agrar- und Ernährungspolitik, die mit der Umwelt wirtschaftet, die den Klimaschutz als Ziel hat, die den Tierschutz berücksichtigt und die zugleich den Bäuerinnen und Bauern ein ausreichendes Auskommen sichert, hat Zukunft. Diesen grünen Kernsatz setzt die neue Regierungskoalition jetzt um. Ziel ist nicht weniger als eine grundlegende Transformation des Agrar- und Ernährungssektors, die den ökologischen Notwendigkeiten, den gesellschaftlichen Erwartungen und der Veränderungsbereitschaft der Branche gerecht wird. Den Fahrplan haben die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag „Landwirtschafts- und Ernährungspolitik im Aufbruch“ skizziert. Mit ihren gemeinsamen Auftritten und Botschaften zur Internationalen Grünen Woche haben unsere Minister\*innen Cem Özdemir und Steffi Lemke demonstriert, wie sie Landwirtschaft und Naturschutz versöhnen wollen. Zusammen mit Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck haben sie in einem Eckpunktepapier zum Ausbau der Flächenfotovoltaik Win-win-win-Situationen für mehr Klimaschutz, einkömmliche ökologische Landnutzung und Naturschutz aufgezeigt.

Putins Krieg in der Ukraine stellt die Welternährung vor neue Probleme. Weil die Ukraine und Russland Hauptexporteure von Getreide sind, wird es zu Knappheiten und vor allem Preissteigerungen kommen, die sich insbesondere viele Menschen in armen Ländern Afrikas und Asiens nicht leisten können. Dass die Lobby einer rückwärtsgewandten Agrarpolitik diese humanitäre Katastrophe nun zum Anlass nimmt zu fordern, die überfällige Ökologisierung der Landwirtschaft und auf EU-Ebene die Umsetzung der Farm-to-Fork-Strategie müssten zugunsten der bisherigen industriellen Landwirtschaft ausgesetzt werden, ist schäbig und kontraproduktiv. Ist es doch gerade die sogenannte intensive Landwirtschaft, die auf Kosten von Klima und Umwelt einen großen Teil der Getreideernten zur Fleischproduktion nutzt, statt sie viel effizienter und notwendiger für die Ernährung von Menschen zur Verfügung zu stellen. Diese Verhältnisse gehören geändert und nicht zementiert.

● [www.gruene-bundestag.de/agrar](http://www.gruene-bundestag.de/agrar)



Fachbereich

### 3 DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Integration, Migration & Flucht: **JÜD\*INNEN AUS DER UKRAINE**

Viele Menschen sind vor dem Angriffskrieg Putins aus der Ukraine geflüchtet. Es gibt eine große Solidarität bei der Aufnahme in den Nachbarstaaten, in Deutschland und der EU insgesamt. Ausdruck unserer politischen und historischen Verantwortung ist dabei auch die Sorge um ukrainische Jüd\*innen. Auf Initiative aus der grünen Bundestagsfraktion gibt es für sie jetzt deutlich erleichterte Bedingungen, an dem Verfahren der jüdischen Zuwanderung in Deutschland teilnehmen zu können. So können Anträge nun in Deutschland selbst gestellt werden und auch weitere Hürden sind ausgesetzt. Wir sind sehr froh, dass dies durch die Bundesregierung schnell umgesetzt werden konnte.

- [www.gruene-bundestag.de/juedinnen](http://www.gruene-bundestag.de/juedinnen)

Rechtsextremismus: **ZWEI JAHRE NACH HANAU**

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin: Sie alle verloren bei dem rassistischen Terroranschlag in Hanau am 19. Februar 2020 ihr Leben. Mit einer von uns angestoßenen Aktuellen Stunde gedachte der Bundestag am 16. Februar der Opfer und diskutierte über Konsequenzen. Es erschüttert auch zwei Jahre später zutiefst, wie unvermittelt diese Menschen aus dem Leben gerissen wurden. Die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus bedroht unsere Demokratie und ganz konkret Menschen. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und menschenfeindlicher Ideologie ist für uns ein zentrales Anliegen.

Es braucht eine kohärente Gesamtstrategie aus Prävention, Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr. Es gilt, die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und Diskriminierung abzubauen, auch mithilfe eines wirksamen Demokratiefördergesetzes. Hasskriminalität werden wir – online wie offline – konsequent bekämpfen. Zudem müssen wir rechtsextreme Netzwerke und Strukturen konsequent aufdecken – auch und gerade wenn sie in Sicherheitsbehörden auftreten. Die furchtbare Tat von Hanau bleibt für unser politisches Handeln immer Mahnung und darf nicht ohne wirkungsvolle Konsequenzen bleiben. Das sind wir den Opfern schuldig.

- [www.gruene-bundestag.de/hanau](http://www.gruene-bundestag.de/hanau)

Fachbereich

### 4 INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

Coronakrise:

#### GLOBALE COVID-19-BEKÄMPFUNG BESCHLEUNIGEN

Zwei Jahre nach Beginn der Coronakrise wird immer deutlicher: Um die Pandemie zu beenden, muss die Zusammenarbeit mit dem globalen Süden verstärkt werden. Die Auswirkungen der Pandemie treffen die Ärmsten im globalen Süden am härtesten. Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht, alle haben ein Recht darauf, sich vor einer lebensgefährlichen Infektion zu schützen. Gleichzeitig sind wir nur vor neuen Varianten sicher, wenn alle geschützt sind. Die Länder des globalen Südens brauchen einen schnellen Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten sowie Impfkampagnen zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie und allgemein eine Verbesserung ihrer Gesundheitssysteme. Dazu wollen wir verstärkt beitragen. Wir haben uns zu einer Ausweitung und schnellen Lieferung von Impfstoffen an den globalen Süden bekannt.

Über die COVAX-Initiative, die einen weltweit gleichmäßig verteilten und gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen gewährleisten soll, soll dies erfolgen. Bislang hat die Initiative mehr als eine Milliarde Impfdosen an insgesamt 144 arme Länder und Regionen ausgeliefert. Für die weiteren Fortschritte ist die Sicherstellung der Finanzierung der COVAX Facility in den Haushalten der nächsten Jahre wichtig, dazu bekennen wir uns und wollen den gemäß Wirtschaftskraft fairen deutschen Anteil am Bedarf verlässlich zur Verfügung stellen. Freiwillige Produktionspartnerschaften und der Transfer von Know-how, um die Produktionskapazitäten für Medikamente und Impfstoffe weltweit zu erhöhen, sind ebenfalls als Ziele des Koalitionsvertrags benannt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind bereits eine Reihe von Programmen zur weltweiten Impfstoffproduktion im globalen Süden wie in Ruanda, Senegal und Südafrika angelaufen. Zudem wollen wir Grüne im Bundestag weiterhin einen kritischen Dialog über den flexibleren Umgang mit Impfstoffpatenten führen. Das Momentum wollen wir nutzen, um langfristige Lösungen anzustoßen und die Resilienz für die nächste Pandemie zu erhöhen.

- [www.gruene-bundestag.de/corona-krise](http://www.gruene-bundestag.de/corona-krise)





Foto: Picture Alliance

**Pflege: DER PFLEGE Bonus KOMMT**

Pflegekräfte in Deutschland erbringen während der Pandemie eine herausragende Leistung. Mit dem Pflegebonus wollen wir ihnen dafür eine Anerkennung zuteilwerden lassen. Rechtzeitig vor dem Sommer wird hierzu ein Gesetz im Bundestag beschlossen werden. Gleichzeitig bringen wir eine Steuerbefreiung für Bonuszahlungen in der Pflege auf den Weg. Mit SPD und FDP haben wir im Koalitionsvertrag verschiedene weitere Schritte für das Pflegepersonal vereinbart, die wir nun zügig umsetzen werden. Dazu gehört eine bessere Personalausstattung im Krankenhaus und in der Langzeitpflege. Außerdem ist es unser Ziel, die Lohnsituation insgesamt zu verbessern, um insbesondere die Gehaltslücke zwischen Kranken- und Altenpflege zu schließen.

- [www.gruene-bundestag.de/pflege](http://www.gruene-bundestag.de/pflege)

**Gesundheit: SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG**

Nach welchen Kriterien entscheiden Ärzt\*innen, wenn, wie im Falle einer Pandemie, knapper werdende Plätze auf der Intensivstation nicht mehr für alle reichen? Vor allem Menschen mit Behinderungen machen sich Sorgen, dass sie in solchen Situationen diskriminiert werden. Das Bundesverfassungsgericht hat Ende vergangenen Jahres entschieden, dass der Gesetzgeber Regelungen zum Schutz behinderter Menschen treffen muss. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass dieser Beschluss zügig umgesetzt wird und dabei auch die Perspektive der Betroffenen einbezogen werden muss. Das Bundesministerium für Gesundheit arbeitet derzeit an einem Gesetzentwurf, der noch vor der Sommerpause im Bundestag diskutiert und beschlossen werden soll.

- [www.gruene-bundestag.de/gesundheits](http://www.gruene-bundestag.de/gesundheits)

**Frauen: § 219A STGB WIRD GESTRICHEN**

Bislang dürfen Ärzt\*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, nicht öffentlich über einen Abbruch informieren. Die Streichung des einschlägigen § 219a StGB hatten Frauenverbände und auch die grüne Bundestagsfraktion seit Langem gefordert. In der Koalitionsvereinbarung von SPD, Grünen und FDP war eine Initiative hierzu vereinbart worden. Jetzt hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, damit der Paragraph noch in diesem Jahr gestrichen werden kann. Der bisherige § 219a wurde von Abtreibungsgegner\*innen immer wieder für Anzeigen gegen Ärzt\*innen genutzt. Die Gießener Ärztin Kristina Hänel wurde das bekannte Gesicht einer ganzen Bewegung, die sich für das Recht auf Informationen für ungewollt Schwangere und für Rechtssicherheit für Ärzt\*innen eingesetzt hat.

- [www.gruene-bundestag.de/frauen](http://www.gruene-bundestag.de/frauen)

# GRÜN & GRÜNER

Vorschau:

**KONFERENZ KLIMAGERECHTIGKEIT AM 17. JUNI**

Auf einer Online-Konferenz zum Thema Klimagerechtigkeit am 17. Juni 2022 möchten wir denen eine Stimme geben, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind, aber nur selten gehört werden. Gemeinsam mit Akteur\*innen aus dem globalen Süden diskutieren wir in Workshops über Klimafinanzierung, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften, Biodiversität, Ernährung, feministische Klimaaußenpolitik, Mobilität, Menschenrechte und die Dekolonialisierung von Naturschutz. Rund ein halbes Jahr vor der 26. UN-Klimakonferenz in Ägypten setzen wir so die Themen Klimagerechtigkeit und „Loss & Damage“ auf die Agenda, erarbeiten konkrete Lösungsansätze und schmieden neue Bündnisse.

- [www.gruene-bundestag.de/termine](http://www.gruene-bundestag.de/termine)

Vorschau:

**POLITIK GANZ NAH: GIRLS' DAY AM 28. APRIL**

Berufswahl wird häufig weiter von traditionellen Rollenbildern gesteuert. Dem wirken wir entgegen, machen Politik nahbar und die Politik als Berufsfeld erlebbar.



Für den 28. April von 11 bis 13.30 Uhr laden wir Mädchen und junge Frauen zu unserem digitalen Girls' Day ein. Sie erleben unsere Abgeordneten in kleinen Gruppen. Und auch die Auszubildenden und Fraktionsmitarbeiter\*innen stehen bereit für Fragen, stellen ihre Arbeit in der Politik vor. Wir haben 50 bis 80 Plätze, Interessierte im Alter von 16 bis 18 Jahren können sich hier anmelden:

- [www.gruene-bundestag.de/girlsday22](http://www.gruene-bundestag.de/girlsday22)

Rückschau:

**EINMAL FEMINISTIN, IMMER FEMINISTIN**

Anlässlich des Internationalen Frauentags diskutierten die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann und die frauenpolitische Sprecherin Ulle Schauws über Vorhaben, Maßnahmen und Ziele der grünen Frauenpolitik.

In dem Gespräch, das die Journalistin Boussa Thiam moderierte, ging es unter anderem um Feminismus, Equal Pay, Gewalt gegen Frauen, Gleichberechtigung in der Coronakrise und den Paragraphen 219a. Am Ende ist klar: Wir sind zwar schon ein gutes Stück des Weges gegangen, aber es gibt noch viel zu tun. Das Video und den Podcast gibt es hier:

- [www.gruene-bundestag.de/frauentag](http://www.gruene-bundestag.de/frauentag)



## TERMINE

Coronabedingt finden unsere Veranstaltungen noch immer überwiegend digital statt.

### GIRLS' DAY

Digitaler Zukunftstag am 28.04.2022  
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit  
TEL 030/227 59406  
oea@gruene-bundestag.de

### REGENBOGENABEND

Parlamentarischer Abend  
am 23.06.2022  
Fachbereich 3 Koordination  
TEL 030/227 58900  
fachbereich3@gruene-bundestag.de

### KLIMAGERECHTIGKEIT

Online-Konferenz am 17.06.2022  
Fachbereich 4 Koordination  
TEL 030/227 58943  
fachbereich4@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:

- [gruene-bundestag.de/termine](https://www.gruene-bundestag.de/termine)
- [gruene-bundestag.de/newsletter](https://www.gruene-bundestag.de/newsletter)

## PUBLIKATIONEN

### ZEITSCHRIFT

20|01 Stark wie nie  
(profil:GRÜN Dez. 21)

Mehr unter:

- [gruene-bundestag.de/publikationen](https://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

### BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion, Versand,  
11011 Berlin  
oder:  
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

## ONLINE

Tagesaktuell Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:

- [gruene-bundestag.de](https://www.gruene-bundestag.de)

## PODCAST

In unserem Podcast *Uns geht's ums Ganze* sprechen mit unseren Abgeordneten über die parlamentarische Arbeit. In den letzten Folgen haben wir unsere neuen Fraktionsvorsitzenden vorgestellt, über evidenzbasierte Politik gesprochen, die Arbeit der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin erklärt sowie über Energiepreise und Entlastungspakete diskutiert.

Mehr unter:

- [gruene-bundestag.de/podcast](https://www.gruene-bundestag.de/podcast)

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 [twitter.com/GrueneBundestag](https://twitter.com/GrueneBundestag)

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)